

Positionspapier zum Gesamtprogramm Sprache

Die vor kurzem getroffenen Entscheidung von Innenminister Dobrindt, den Zugang zu Integrationskursen für Migrantinnen und Migranten (Anfängerkurse bis zum Niveau B1) stark einzuschränken, ist eine kurzsichtige und in der Wirkung kontraproduktive Maßnahme. Sie wird von Expertinnen und Experten einhellig abgelehnt und hat zu anhaltenden Protesten von Betroffenen, Sozialverbänden und der Wirtschaft geführt.

Der Fachverband Deutsch als Fremd- und Zweitsprache e.V. (FaDaF) unterstützt mit Nachdruck die entsprechenden Erklärungen und Initiativen des [Verbände**­**bündnisses „Gesamtprogramm Sprache“](#), des [Unternehmensnetzwerks „Vielfalt ist Zukunft“](#), des [Bündnisses DaF-DaZ-Lehrkräfte](#) und des Netzwerks der [Integrations- und Berufssprachkursträger](#) bzw. des [Verbands für Integrations- und Berufssprachkurse](#).

Die aktuelle Entscheidung ist dabei nur der vorläufige Tiefpunkt einer Entwicklung, die bereits im Herbst 2025 begonnen hat, als die Zahl der Plätze für Berufssprachkurse bewusst verknappt wurde, obwohl die Nachfrage bzw. der Bedarf bei weitem höher lag. Damit wird ein möglichst frühzeitiger Sprachkursbeginn speziell von Geflüchteten, den die vorige Regierung auf Empfehlung von Fachleuten umgesetzt hatte, als Reaktion auf populistische Forderungen wieder rückgängig gemacht. Diese Entwicklung konterkariert in zunehmendem Maße die selbstgesteckten Integrationsziele der Bundesregierung, die sie mit dem Gesamtprogramm Sprache erreichen will, und zwar in mehrfacher Weise:

- Ausgerechnet den motivierten und integrationswilligen Migrantinnen und Migranten werden Sprachkursberechtigungen verweigert.
- Kurzsichtige Sparmaßnahmen zerstören die über die letzten Jahre vom BAMF aufgebauten Infrastrukturen von lizenzierten Kursanbietern und qualifizierten Lehrkräften.
- Dieser Effekt wird durch kurzfristige und widersprüchliche Maßnahmen bzw. Informationen noch verstärkt, die zu einer systematischen Verunsicherung von Teilnehmenden, Kursträgern und Lehrkräften führen und damit das Angebot zusätzlich einschränken.
- Ausreichende Mittel für Integrations- und Berufssprachkurse sind im Haushalt 2026 grundsätzlich vorgesehen, werden aber bewusst nicht ausgeschöpft.

- Die langfristigen Kosten einer verfehlten Integrationspolitik übersteigen die Einsparungen deutlich, worauf nicht zuletzt die Wirtschaft hinweist (s.o.).

Es steht außer Frage, dass die Fördermaßnahmen des Gesamtprogramms Sprache auch hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit regelmäßig zu evaluieren und an aktuelle Entwicklungen anzupassen sind. Die aktuellen Entwicklungen widersprechen aus fachlicher Sicht aber in eklatanter Weise nicht zuletzt einer nachhaltigen ökonomischen Mittelverwendung.

Der FaDaF fordert daher:

- eine Rückkehr zum Prinzip des möglichst frühzeitigen Sprachkursbeginns durch die Wiederaufnahme der breiten Erteilung von Sprachkursberechtigungen für Migrantinnen und Migranten unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus;
- die nachhaltige Sicherung einer Integrationsinfrastruktur von gut qualifizierten Lehrkräften und Kursträgern durch verlässliche Planbarkeit des Kursangebots und auskömmliche Finanzierung;
- die reflektierte Nutzung neuer digitaler Möglichkeiten, insbesondere von KI, zur Unterstützung des Spracherwerbs statt als Vorwand zur Mittelkürzung
- Keine neuen Einschränkungen des Zugangs zu Integrations- und Berufssprachkursen oder Reduzierung der Kontaktstundenzahlen
- die kontinuierliche Weiterentwicklung des Gesamtprogramms Sprache auf der Basis der Expertise von Fachleuten aus Wissenschaft, Bildung und beteiligten Institutionen.

Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung am 19.03.2026 in Schmalkalden